



MARCO HERRMANN
GESCHÄFTSFÜHRER FIDUKA DEPOTVERWALTUNG

Deutschland am Pranger

Die Amerikaner möchten einen „faireren“ Welthandel und drohen den vermeintlichen Sündern heftige Importsteuern an. Gefahr für den Dax?

In den nächsten Wochen wird das amerikanische Finanzministerium seinen halbjährlichen Bericht über die Währungspolitik der wesentlichen US-Handelspartner veröffentlichen. Die Erkenntnisse aus diesem Bericht sollen die Grundlage für anstehende Gespräche zwischen diesen Handelspartnern und den USA werden. Länder, die zwei der folgenden drei Kriterien erfüllen, werden auf eine Beobachtungsliste gesetzt: Bilateraler Handelsbilanzüberschuss, Leistungsbilanzüberschuss, einseitiger Eingriff in den Devisenmarkt.

Zurzeit stehen sechs Länder auf dieser schwarzen Liste des Finanzministeriums: China, Japan, Südkorea, Taiwan, Deutschland und die Schweiz. Unter besonderem Augenmerk dürften die Chinesen stehen, die US-Präsident Trump bereits im Wahlkampf des öfteren als Währungsmanipulatoren bezeichnet hat. Eigentlich eine unhaltbare Behauptung bei über 500 Milliarden Dollar, die China im letzten Jahr zur Verteidigung seiner Währung eingesetzt hat. Aber wir wissen ja, @realDonaldTrump hält es nicht so genau mit der Wahrheit. Auch Deutschland wird am Pranger stehen. Der jährliche Han-

delsbilanzüberschuss aus Geschäften mit den USA beträgt rund 55 Milliarden Euro – eine Größenordnung ähnlich der Japans und Mexikos. Nur China spielt mit rund 300 Milliarden Euro in einer anderen Liga.

Das US-Finanzministerium fordert von den betroffenen Staaten, den heimischen Binnenmarkt durch Reformen und höhere Staatsausgaben zu stärken, um so für einen ausgeglichenen Handel zu sorgen. Vorsorglich hat der US-Präsident schon mal Strafsteuern auf Importe angedroht. Doch die sogenannte Border-Adjustment-Tax (BAT) dürfte so schnell nicht kommen. Die gerade erst gescheiterte Gesundheitsreform hat gezeigt, wie schwierig es ist, Stammtisch-Politik in Gesetze umzusetzen.

Hinzu kommt, dass selbst die US-Unternehmen dieser Maßnahme gespalten gegenüber stehen. Die meisten Konzerne haben ihren Wareneinkauf global aufgestellt, so dass sie selbst Opfer der Importsteuer werden würden. Insbesondere bei den großen Einzelhändlern würden die ohnehin schon niedrigen Margen wie Eis in der Sonne schmelzen. Trump wird also auch hier

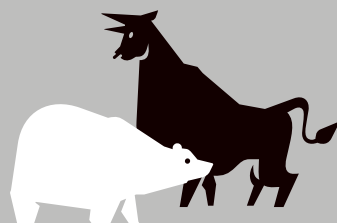
mit großem Widerstand in den Reihen der Republikaner rechnen müssen. Wahrscheinlich sind daher eher Einzelmaßnahmen, die bestimmte Produkte, zum Beispiel Autos oder Stahl, treffen. Nicht gut, aber auch keine Katastrophe.

Dennoch, Deutschland sollte im eigenen Interesse die Exportabhängigkeit reduzieren. Ein Handelsbilanzüberschuss von mehr als acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts ist einfach zu hoch. Damit machen wir uns zu stark abhängig vom Wohl anderer Länder. Investitionsmöglichkeiten gibt es genügend, wie sich am kleinen Boom der deutschen Start-up-Szene zeigt. Nicht alles Neue muss zwangsläufig von Amazon, Apple und Google kommen.

Aus jeder Krise können sich neue Chancen ergeben. Die Aussichten für deutsche Aktien sind weiter gut. Euphorie ist jedoch nicht angebracht. Aktien sind zwar im Vergleich zu Anleihen immer noch konkurrenzlos günstig, das absolute Bewertungsniveau, insbesondere in den USA, erlaubt in den nächsten Monaten aber nur noch im begrenzten Umfang Kursanstiege.

DER  AKTIONÄR

Ausgabe 16 erscheint am
13. April 2017



Bereits Mittwoch ab 23 Uhr
direkt nach Redaktionsschluss
online lesen!

 ePaper

www.deraktionae.de/epaper
oder als App-Version
www.deraktionae.de/app

Die
AKTIONÄR-APP
für iPad, iPhone
und Android